

17. Wahlperiode

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Alexander Spies (PIRATEN)

vom 23. April 2013 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 25. April 2013) und **Antwort**

Widersprüche und Klagen gegen die bezirklichen Sozialämter in Berlin

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

1. Wie viele Widersprüche gegen Entscheidungen der Berliner Sozialämter sind seit 2005 eingelegt worden (bitte absolute und prozentuale Zahlen angeben sowie aufschlüsseln nach Jahren, Bezirken und den Leistungsarten Hilfe zur Pflege, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Hilfe zum Lebensunterhalt, Eingliederungshilfe, Landespflegegeldgesetz, Asylbewerberleistungsgesetz, Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten, Krankenhilfe etc.)?

2. Wie wurden diese Widersprüche erledigt (bitte absolute und prozentuale Zahlen angeben sowie nach Jahren, Bezirken und Erledigungsarten aufschlüsseln)?

3. Wie lange dauert die durchschnittliche Bearbeitung von Widersprüchen in den einzelnen Berliner Sozialämtern (bitte seit 2005 nach Jahren und Bezirken aufschlüsseln)?

5. Welche Maßnahmen ergreifen die jeweiligen Sozialämter zur Senkung der Anzahl der Widersprüche und Klagen?

6. Hält der Senat die Maßnahmen der bezirklichen Sozialämter zur Senkung der Anzahl der Widersprüche und Klagen für ausreichend? Wenn nein, was gedenkt er diesbezüglich zu unternehmen?

Zu 1. - 3. und 5. - 6.: Gemäß § 4 Abs. 1 des Gesetzes über die Zuständigkeiten in der allgemeinen Berliner Verwaltung (Allgemeines Zuständigkeitsgesetz – AZG) in Verbindung mit der Anlage zum Allgemeinen Zuständigkeitsgesetz (ZustKat AZG) sind alle Einzelangelegenheiten nach dem SGB XII Aufgaben der Bezirke. Da es sich bei Einzelfällen nach dem SGB XII nicht um Aufgaben der Hauptverwaltung handelt, liegen hier keine Angaben zu Widersprüchen gegen die bezirklichen Sozialämter vor. Entsprechende Fragen müssten unmittelbar an die Bezirksämter gerichtet werden.

4. Wie viele Klagen gegen die Berliner Sozialämter sind seit 2005 beim Sozialgericht Berlin eingegangen (bitte aufschlüsseln nach Jahren, Bezirken, Leistungsarten, Klagearten und Erledigungsarten)?

Zu 4.: Statistische Erhebungen nach Bezirken, Leistungs- und Klagearten werden beim Sozialgericht nicht durchgeführt. Die Klagen und Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes beim Sozialgericht Berlin werden nach der Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten in der Sozialgerichtsbarkeit (SG-Statistik) u. a. nach den Sachgebieten „Angelegenheiten nach dem SGB XII“ und „Angelegenheiten des Asylbewerberleistungsgesetzes“ erfasst. Die Zahlen über die Eingänge, Erledigungen und der Erledigungsart stellen sich für die Jahre 2005 bis 2012 wie folgt dar:

Angelegenheiten nach dem SGB XII

Jahr	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Eingänge Klagen	1.316	1.215	877	905	981	1.040	1.039	1.251
Eingänge Verfahren aus einstweiligen Rechtsschutz	616	419	431	408	407	367	421	441
Eingänge Klagen und Verfahren auf einstweiligen Rechtsschutz insgesamt	1.932	1.634	1.308	1.313	1.388	1.407	1.460	1.692

Erledigungen insgesamt	940	1.296	1.326	1.264	1.286	1.405	1.296	1.566
<u>davon erledigt</u>								
- durch gerichtliche Entscheidung (Urteil, Gerichtsbescheid, Beschluss)	48	479	489	523	371	385	425	479
- ohne gerichtliche Entscheidung (Rücknahme, Anerkenntnis, Vergleich, Erledigungserklärung, Sonstige u. a.)	892	817	837	741	915	1.020	871	1.087

Angelegenheiten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Jahr	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Eingänge Klagen	66	71	60	65	59	61	57	89
Eingänge Verfahren auf einstweiligen Rechtsschutz	77	50	52	35	30	39	37	34
Eingänge Klagen und Verfahren auf einstweiligen Rechtsschutz insgesamt	143	121	112	100	89	100	94	123
Erledigungen insgesamt	83	115	92	93	96	83	109	107
<u>davon erledigt</u>								
- durch gerichtliche Entscheidung (Urteil, Gerichtsbescheid, Beschluss)	2	35	45	42	27	32	39	28
Davon erledigt - ohne gerichtliche Entscheidung (Rücknahme, Anerkenntnis, Vergleich, Erledigungserklärung, Sonstige u. a.)	81	80	47	51	69	51	70	79

Berlin, den 16. Mai 2013

In Vertretung

Emine Demirbüken-Wegner

Senatsverwaltung für
Gesundheit und Soziales

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 24. Mai 2013)